

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 22. Dezember 1967

Nummer 51/52

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Dezember 1967

Die internationale Situation

Die Unruhe an den internationalen Devisen- und Goldmärkten nach der Pfundabwertung unterstreicht erneut die Labilität des geltenden, auf dem Gold-Devisenstandard beruhenden internationalen Währungssystems. Dabei ist wiederum deutlich geworden, daß nicht nur die laufenden Zahlungsbilanzungleichgewichte, sondern in noch stärkerem Maße die bestehenden Verpflichtungen der Leitwährungsländer eine Gefahr bilden. Neben der Bekämpfung von Zahlungsbilanzungleichgewichten sollte daher auch die Konsolidierung der kurzfristigen Verbindlichkeiten der Leitwährungsländer angestrebt werden; die Konsolidierung könnte im Zuge eines Ausbaus des internationalen Währungsfonds mit der Schaffung einer neuen Reserveeinheit gekoppelt sein.

Die Auswirkungen der Abwertung des Pfundes und einiger anderer Währungen auf Einkommen, Beschäftigung und Leistungsbilanzsalden in den Partnerländern dürften — da sie sich auf eine Vielzahl von Konkurrenten verteilen — nur in Einzelfällen ernsterer Natur sein. Zudem erlaubt es die Währungsposition zahlreichen kontinental-europäischen Industrieländern, etwaigen Wachstumseinbußen entgegenzuwirken.

Die *amerikanische* Wirtschaft bietet zum Jahresende ein widerspruchsvolles Bild: Einerseits sind nachhaltige Kosten- und Preissteigerungen zu verzeichnen; andererseits bewegt sich die Arbeitslosenquote bei hohen natürlichen Zugängen an Arbeitskräften nach wie vor um 4 vH und operiert die Industrie weit unter dem optimalen Auslastungsgrad. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, daß die Lohnstückkosten in der Verarbeitenden Industrie bei gleichbleibender Produktion im Jahresvergleich um 5,5 vH gestiegen sind. Die effektiven Stundenlöhne haben sich im Jahresvergleich dagegen nur um etwa

3,5 vH erhöht und bewegen sich damit im Rahmen langfristig möglicher und üblicher Produktivitätssteigerungen. Die Vorstellung, daß der Nachfragemangel weitgehend im Zusammenhang mit dem Lagerzyklus steht, also vorübergehend ist, hat die amerikanische Wirtschaft anders als in vorangegangenen Phasen unzureichender Gesamtnachfrage bewegen, Arbeitskräfte zu horten; dies hat den Output je Arbeitskraft gedrückt und sich zwangsläufig nachteilig auf die Kosten ausgewirkt. Die teilweise Überwälzung der erhöhten Lohnstückkosten bei sinkenden Rohstoffpreisen und annähernd konstanten Preisen für industrielle Vorprodukte dürfte der Industrie nicht zuletzt deshalb erleichtert worden sein, weil die öffentliche Hand, deren Nachfrage ohnehin wenig preiselastisch ist, im Hinblick auf den Vietnam-Konflikt nicht auf ausländisches Güterangebot ausweichen oder eine Verzögerung der Warenlieferungen hinnehmen kann.

Wird die unzureichende Kapazitätsauslastung — sie wurde im Herbst dieses Jahres auf etwa 80 vH veranschlagt — bei gleichzeitiger Hortung von Arbeitskräften als entscheidender Grund für die Kosten- und Preissteigerungen angesehen, so müßte die amerikanische Regierung anstelle der vorgesehenen Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen Maßnahmen zur Förderung der privaten Nachfrage ergreifen. Da die Zahlungsbilanzlage den Spielraum für wirtschaftspolitische Aktionen stark einengt, sieht sie sich indessen zu restriktiven Interventionen — bislang vor allem im monetären Sektor — gezwungen. Dabei besteht die Gefahr, daß der Wachstumsprozeß über Gebühr gedämpft wird.

Zwar ist in den ersten Monaten des kommenden Jahres mit einer verstärkten Lageraufstockung — u. a. im Hinblick auf die Streikgefahr in der Stahlindustrie — zu rechnen. Andererseits muß befürchtet werden, daß von dem schon wieder sehr hohen Zinsniveau retardierende Einflüsse auf den Woh-

nungsbau ausgehen, der entscheidend zu der Wiederbelebung im laufenden Jahr beigetragen hat. Die Unternehmen planen, ihre Investitionen 1968 um 5 vH zu steigern; jedoch sind in jüngster Zeit die effektiven Ausgaben jeweils hinter den Plangrößen zurückgeblieben. Auftragseingänge und Umsätze bei der Industrie spiegeln — auch bei Berücksichtigung der streikbedingten Ausfälle — die Zurückhaltung der Investoren und Konsumenten wider. Dieses Verhalten läßt es zweifelhaft erscheinen, daß von der Zunahme der öffentlichen Ausgaben im nächsten Jahr genügend Impulse ausgehen werden, um ein Wachstum zu gewährleisten, bei dem die Produktionsfaktoren besser ausgelastet sind.

Auswirkungen der Abwertung des Pfundes und einiger anderer Währungen auf Einkommen und Beschäftigung in den USA werden sich schon wegen der niedrigen Anteile der Exporte und Importe am amerikanischen Sozialprodukt in engen Grenzen halten, wenngleich ein negativer Einfluß auf den Leistungsbilanzüberschuß unterstellt werden muß. Wichtiger aber ist die Tatsache, daß die Abwehr der Spekulation gegen das Pfund und den Dollar hohe Goldabgaben erzwingt, die eine Konsolidierung der amerikanischen Zahlungsbilanz immer dringlicher machen.

In Großbritannien steht die Diskussion über die zu erwartenden Auswirkungen der Pfundabwertung und der gleichzeitig eingeleiteten Restriktionspolitik im Vordergrund. Von der Regierung wird als Folge dieser Maßnahmen schon 1968 eine Verbesserung der Leistungsbilanz um rund 500 Mill. £ und — bei nur geringfügiger Zunahme der Inlandsnachfrage, aber kräftiger Ausdehnung der Auslandsnachfrage — ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 4 bis 5 vH erwartet. Gegen diese optimistische Schätzung werden Einwände, vor allem vom National Institute of Social and Economic Research, erhoben. Dabei wird vor allem das Ausmaß der Restriktionspolitik, weniger der Abwertungssatz, als unzureichend empfunden. So wird befürchtet, daß mit den restriktiven Maßnahmen nicht genügend Produktionsfaktoren für den Export freigesetzt werden und die britische Wirtschaft auf Engpässe stoßen könnte, bevor die erwartete zusätzliche — abwertungsbedingte — Auslandsnachfrage voll befriedigt worden ist. Kosten- und Preissteigerungen würden dann den Spielraum, den die Abwertung geschaffen hat, rasch beseitigen.

An dieser Stelle¹ wurden die Auswirkungen der Pfundabwertung auf die Wirtschaft Großbritanniens weniger pessimistisch, wenn auch nicht so optimistisch wie von der britischen Regierung, beurteilt. Die hier unterstellten Preiselastizitäten der Export- und Importnachfrage lassen keine Überbeanspruchung des britischen Produktionspotentials erwarten. Die durch die Restriktionspolitik zurückgestaute Inlandsnachfrage und die durch die Abwertung begünstigte Auslandsnachfrage dürften insgesamt um reichlich 3 vH wachsen, in einem Ausmaß also, in dem die gegenwärtig unterausgelastete britische Wirtschaft ihr Angebot ohne Schwierigkeiten ausdehnen könnte. Großbritannien würde in diesem Fall allerdings vorerst nur ein Abbau seines Lei-

stungsbilanzdefizits gelingen. Um schon 1968 den erforderlichen Leistungsbilanzüberschuß zu erwirtschaften, müßte die Restriktionspolitik erheblich verschärft werden. Die ersten Schritte in dieser Richtung hat die britische Regierung in diesen Tagen angekündigt.

In Frankreich haben sich gegen Ende 1967 die expansiven Kräfte wieder — wenn zunächst auch zögernd — durchgesetzt. Das französische Sozialprodukt dürfte 1968 daher mit einem etwas rascheren Tempo (real + 4 vH) als 1967 (real + 3,5 vH) wachsen. In diesem Jahre stagnierte die industrielle Produktion im Vorjahresvergleich nahezu; das wirtschaftliche Wachstum wurde somit fast ausschließlich vom Dienstleistungssektor und von der Landwirtschaft getragen.

Die leichte Besserung des konjunkturellen Klimas schlägt sich auch in den Erwartungen der Unternehmer nieder. Hatte die Zurückhaltung der Verbraucher maßgeblich zu der Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums beigetragen, so gehen mit der Belebung der Konsumneigung von den privaten Haushalten in letzter Zeit wieder expansive Einflüsse aus. Der Lagerabbau, der infolge der vorgesehenen Ausdehnung der Mehrwertsteuer auf den Handel zum 1. Januar 1968 intensiver war, als es sonst der Fall gewesen wäre, dürfte nunmehr abgeschlossen sein. Nachfragesteigerungen aus dem Ausland sowie der öffentlichen und privaten Haushalte werden sich künftig wiederum unmittelbar in Produktionszunahmen auswirken, so daß auch mit einer Erholung der privaten Investitionstätigkeit gerechnet werden kann.

Obwohl eine Wachstumsbeschleunigung über das erwartete Maß hinaus von der Angebotsseite her möglich wäre, ist nicht mit stärker anregenden Maßnahmen zu rechnen. Der Grund hierfür liegt darin, daß sich die französische Regierung in ihrer Wirtschaftspolitik weitgehend an der Entwicklung des Außenhandels und des Preisniveaus orientiert. Da zumindest infolge der Einführung der Mehrwertsteuer im Handel eine zusätzliche Steigerung der Lebenshaltungskosten im kommenden Jahr zu erwarten ist und die Abwertung des britischen Pfundes und einiger anderer Währungen nicht ohne Einfluß auf den französischen Leistungsbilanzüberschuß bleiben wird, dürfte sie keinen Anlaß sehen, ihre Wirtschaftspolitik zu ändern.

In Italien hat der nachsommerliche Saisonaufschwung keine konjunkturelle Wachstumsbeschleunigung gebracht. Zwar stieg die Inlandsnachfrage weiterhin recht zufriedenstellend, doch steht dem eine verzögerte Auftragsvergabe des Auslands gegenüber. So sank das Ausfuhrwachstum im dritten Quartal auf 3,5 vH — nicht zuletzt wegen der verhaltenen Importentwicklung sowie der unverminderten Exportanstrengungen der Bundesrepublik. Da zugleich die italienischen Importe nach wie vor stark stiegen, ging der Schwung des Produktionswachstums in den

¹ Vgl. dazu: „Zur Abwertung des britischen Pfund Sterling“, in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 48/1967.

letzten Monaten zunehmend verloren. Seit dem Herbst ist jedoch eine Erholung des italienischen Ausfuhrwachstums zu beobachten (Oktober + 7,9 vH). Auch daran hatte die Bundesrepublik Anteil, da ihre Importe aus Italien im Zuge von Lagerauffüllungen und im Zusammenhang mit der bevorstehenden Einführung der Netto-Umsatzsteuer, wieder gestiegen sind. Die von den italienischen Unternehmern erzielten beachtlichen Produktivitätsfortschritte tragen zu einer Stärkung ihrer internationalen Wettbewerbsposition bei und lassen nur relativ geringe negative Auswirkungen der Abwertung des Pfundes und einiger anderer Währungen auf den italienischen Außenhandel erwarten.

Unter den inländischen Nachfragekomponenten gewinnt — nach Monaten gedämpften Wachstums — der private Verbrauch wieder konjunkturell an Gewicht. Während die private Investitionsnachfrage gegenwärtig eher abgeschwächt wächst und auch die öffentlichen Ausgaben hinter den Budgetansätzen zurückbleiben, wird die in den vergangenen Monaten verzeichnete durchschnittliche Steigerung der — konsumintensiven — Arbeitnehmerinkommen (etwa + 6 vH) nunmehr nachfragewirksam. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß die öffentlichen Investitionen spätestens im Frühjahr nachziehen werden. Auch beim Wohnungsbau deutet die Zunahme der Projektgenehmigungen — im August beschleunigten sich die Genehmigungen hausseartig auf + 39 vH — auf eine eindrucksvolle Investitionsbelebung im Frühjahr hin.

Insgesamt dürfte das gegenwärtig leicht verlangsamte Wirtschaftswachstum in Italien während der kommenden Monate wieder auf den Trend des auslaufenden Jahres zurückgeführt werden.

Die Lage in Westdeutschland

Die jüngsten statistischen Informationen über die Entwicklung von Auftragslage, Industrieproduktion und Beschäftigung deuten darauf hin, daß sich die Wiederbelebung der Konjunktur weiterhin nur gedämpft und zögernd fortsetzt. Der Auftragsstoß im Oktober ist zweifellos eine Folge des Auslaufens der bis dahin terminierten Abschreibungsvergünstigungen. Einige Impulse mögen in den letzten Monaten dieses Jahres auch von dem am 1. Januar 1968 in Kraft tretenden Mehrwertsteuergesetz ausgehen: Einmal wird die für das nächste Jahr vorgesehene Investitionssteuer in Höhe von 8 vH manchen Unternehmer veranlassen, für 1968 geplante Investitionen bereits in diesem Jahre durchzuführen; zum anderen wird die beachtliche Entlastung der Altvorräte von der kumulierten Umsatzsteuer anregend auf die Lagerdispositionen wirken.

Diese Faktoren werden — ebenso wie die Durchführung des zweiten Konjunkturprogramms — zu einer Verstärkung der Produktionstätigkeit führen. Eine Permanenz des Aufschwungs ist aus ihnen infolge ihrer zeitlich begrenzten Wirkungen indes nicht abzuleiten. Dauerhafter sind hingegen die Expansionswirkungen der Ausfuhr. Aber selbst hier ist für die nähere Zukunft Skepsis geboten: Die Pfund-

abwertung, über deren quantitative Auswirkung bisher allein vom Sachverständigenrat und vom DIW¹ Schätzungen vorliegen, hat die Wettbewerbsposition der westdeutschen Exporteure verschlechtert. Zwar wird der Export im Jahre 1968 — wenn auch mit einer um etwa 2 vH gedrückten Rate — weiter wachsen, solange es an binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften fehlt. Auf jeden Fall aber ist der stärkste Pfeiler der gegenwärtigen Auftriebstendenzen — vorübergehend — geschwächt worden. Um so dringender bedarf es jetzt der erhöhten Aktivität des Staates.

Die öffentliche Hand hat 1967 durch die beiden Investitionsprogramme zweifellos einen konjunkturellen Zusammenbruch verhindert. Diese antizyklische Konjunkturpolitik hat sie indes nicht konsequent genug weiterverfolgt. Sieht man von jenem Teil des Defizits ab, der durch den — ungeplanten — Ausgabenüberschuß der Sozialversicherung infolge des Beschäftigungsrückgangs entstanden ist, dann haben die öffentlichen Haushalte im zweiten Halbjahr 1967 ein geringeres Defizit realisiert als in der zweiten Hälfte des Vorjahres. Diese Reduzierung des staatlichen Defizits ist in erster Linie durch Steuererhöhungen und Kürzungen der öffentlichen Investitionen zustande gekommen.

Die gegenwärtige konjunkturelle Situation läßt mit Recht bezweifeln, daß die von der Regierung für 1968 erstrebte Wachstumsrate des realen Brutto-sozialprodukts in Höhe von 4 vH ohne zusätzliche expansive Maßnahmen erreicht werden wird. Die Lage ist vielmehr noch immer so labil, daß die für Januar vorgesehene Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, die Einführung der Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und die Erhebung der Investitionssteuer gemäß dem Mehrwertsteuergesetz die Ansätze der konjunkturellen Wiederbelebung nicht nur dämpfen, sondern sogar gefährden können.

Bleibt die Zielsetzung eines Wirtschaftswachstums von 4 vH bestehen, dann ist ein betont antizyklisches Verhalten der öffentlichen Hand unabdingbar. Zunächst sollte alles vermieden werden, was die Investitionsneigung der Unternehmer zusätzlich beeinträchtigen könnte. Inwieweit darüber hinaus neue Investitionsanreize geschaffen werden sollen, muß vor dem Hintergrund der nicht genutzten Kapazitäten einerseits und der mit prononcierter Investitionsförderung nicht auszuschließenden Fehlinvestitionen andererseits diskutiert werden.

Der Sachverständigenrat hat einen Katalog von Maßnahmen zur Realisierung seiner eigenen — auf wesentlich stärkeres Wachstum gerichteten — Zielprojektion aufgestellt. Vor allem fordert er hierzu eine Zunahme der öffentlichen Investitionen, die weit größer ist, als sie auch unter Einschuß des zweiten Konjunkturprogramms ausfallen wird.

Die beste Politik zur Beschleunigung der Investitionsnachfrage im Unternehmensbereich bleibt daneben auf jeden Fall eine Verstärkung der wirk-

¹ Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Nr. 48/1967.

samen Nachfrage. Sie kann heute nicht mehr allein auf die öffentlichen Haushalte beschränkt bleiben; es bedarf auch der Mobilisierung der übrigen Aggregate, vor allem des privaten Verbrauchs.

Von der für das kommende Jahr zu erwartenden Lohn- und Gehaltsentwicklung sind hier leider keine ausreichenden Effekte zu erwarten. Die tariflichen Einkommenserhöhungen im öffentlichen Dienst, die für die Zeit vom 1. Januar 1968 an vereinbart worden sind, dürften die Größenordnungen offengelegt haben, in denen in den übrigen Bereichen bestenfalls mit Lohnsteigerungen gerechnet werden kann. So erfreulich bei dieser Vereinbarung die Einbeziehung der Gemeinden auch ist: Die Finanzierungsnöte dieser Körperschaften lassen befürchten, daß sie die ihnen entstehenden Mehrausgaben durch Einsparungen bei ihren Investitionen auszugleichen suchen. Die Wirtschaftspolitik sollte sich bemühen, einen derartigen Effekt zu verhindern.

Auf eine Reihe der übrigen vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen Maßnahmen wird man auch dann nicht verzichten können, wenn man die weniger ehrgeizigen Zielvorstellungen der Bundesregierung realisieren will. Der Gesetzgeber hat unmittelbar nach Veröffentlichung des Sachverständigengutachtens sowohl die Ergänzungsabgabe als auch die Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung beschlossen. Auf kurze Sicht bleiben jetzt also als Alternativinstrumente nur noch die ebenfalls zur Diskussion gestellte Investitionsprämie (deren Durchführung bereits im kommenden Jahr allerdings eine Änderung des „Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes“ voraussetzen würde), die Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuersätze und die Aussetzung der Investitionssteuer.

Von diesen drei Instrumenten scheint uns die Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer am ehesten geeignet, die Zielprojektionen der Regierung wie auch des Sachverständigenrates zu verwirklichen. Denn bei entsprechender Ausgestaltung — etwa der Verminderung der Steuerschuld um einen bestimmten absoluten Betrag, wie vom DIW wiederholt gefordert —, ist mit ihr über die Erhöhung der privaten Nachfrage der größte Effekt zu erzielen. Die Stärkung des privaten Verbrauchs würde die Kapazitätsauslastung der Verbrauchsgüterindustrie direkt verbessern und damit zugleich die Voraussetzung für eine Steigerung der privaten Investitionsneigung schaffen. Gleichzeitig blieben unerwünschte, mit der Konjunkturanhebung in der Regel verbundene Redistributionseffekte auf ein erträgliches Maß beschränkt.

Daneben sollte die Regierung dem Gesetzgeber nahelegen, die von der Investitionssteuer ausgehenden Hemmungen auf die Investitionstätigkeit der privaten Unternehmer zu beseitigen. Die degressive Staffelung des Steuersatzes kann dazu verleiten, heute aus konjunkturellen Gründen erwünschte und notwendige Investitionen erst in der Zukunft, d. h. in den Jahren mit niedrigeren Steuersätzen, vorzunehmen. Daher sollte für 1968 der Steuersatz eher unter statt über dem des folgenden Jahres liegen.

Es liegt auf der Hand, daß die hier vorgeschlagene Lösung des aktuellen Konjunktur- und Wachstumsproblems die Bereitschaft des Staates zu — unter den gegebenen Umständen völlig unbedenklicher — höherer Kreditaufnahme voraussetzt. Notwendige Bedingung hierfür ist die Mitarbeit der Bundesbank.

Zur Entwicklung der Arbeiterbeschäftigung in der Industrie der Bundesrepublik¹⁾

Schon seit längerem tendiert der Arbeitskräftebedarf in der Industrie der Bundesrepublik dahin, daß zunehmend relativ mehr Angestellte als Arbeiter nachgefragt werden. Die Rationalisierung der Produktionsverfahren hat zum Ergebnis, daß in den Fabrikhallen immer weniger Arbeiter anzutreffen sind, dagegen in den Büros mehr Angestellte mit der Produktionsvorbereitung und dem Vertrieb beschäftigt werden. Dieser Prozeß wird mit Sicherheit anhalten: Der Anteil der Arbeiter an der industriellen Gesamtbeschäftigung nimmt kontinuierlich ab; nur in der Hochkonjunktur wird die absolute Zahl der Arbeiter noch steigen.

Nachdem seit etwa zwei Jahren die Zahl der beschäftigten Arbeiter in der gesamten Industrie zurückgegangen war, ist diese Entwicklung seit August 1967 wieder zum Stillstand gekommen. Die scharfe Reduktion der Zahl der Arbeiter, die im ersten Quartal dieses Jahres ihr größtes Ausmaß erreicht hatte und die sich in einer Entlassungswelle ausdrückte, wie sie in der Nachkriegszeit in noch keiner konjunkturellen Schwächeperiode beobachtet wer-

den konnte, ist jetzt — etwa drei Monate später als bei der industriellen Produktion — gebremst.

Bereits um die Mitte des Jahres 1965 hatte der Beschäftigungsrückgang bei den Arbeitern begonnen. Diese Tendenz setzte sich fort; und im zweiten Viertel des vergangenen Jahres gab die gesamte Industrie schon ebensoviel Arbeiter ab, wie im Tiefpunkt des vorangegangenen Konjunkturtales, im Frühjahr 1963. In den letzten Monaten des Jahres 1966 hatten dann die Entlassungen eine Intensität erreicht, die weitaus stärker war als 1963, so daß die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter überaus stark schrumpfte.

Bis weit in das erste Quartal dieses Jahres hinein wurde — neben dem Beschäftigtenabbau — in vielen Industriezweigen die Arbeitszeit der beschäftigten Arbeiter verkürzt bzw. die Zahl der von dieser Kurz-

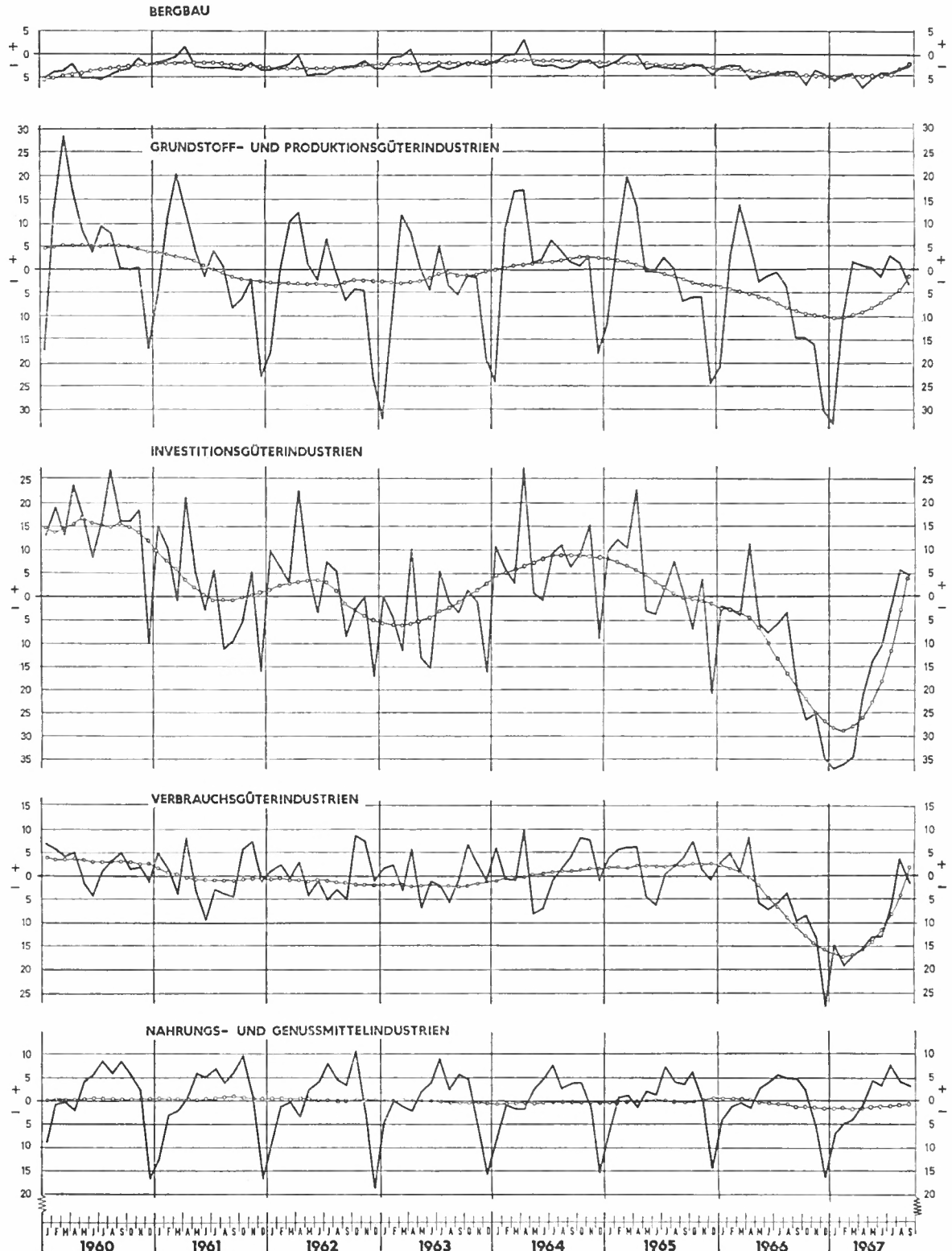
¹⁾ Einschließlich Berlin. Für den Zeitraum von 1960 bis 1963 wurden die Monatszahlen der beschäftigten Arbeiter vom DIW auf der Grundlage der amtlichen Statistik für die BRD einschließlich Berlin (West) berechnet, um Vergleichbarkeit mit den Zahlen ab 1964 zu erzielen.

VERÄNDERUNGEN DER MONATLICHEN ARBEITERZAHLEN IN DER BUNDESREPUBLIK ¹⁾

in 1000 Personen

— Ursprungszahlen ¹⁾

—○— Von Saisonunregelmäßigkeiten bereinigte Ursprungszahlen ²⁾



¹⁾ Einschl. Berlin(West), ab 1960 bis einschl. 1963 vom DIW auf Grundlage der amtl. Statistik berechnet.

²⁾ Berechnungen des DIW.

Entwicklung der saisonbereinigten Zahl der in der gesamten Industrie der Bundesrepublik¹⁾ beschäftigten Arbeiter
Januar 1965 bis Oktober 1967
1959 = 100

Monat	Index ²⁾ 1965	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		Index ²⁾ 1966	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		Index ²⁾ 1967	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
		a ³⁾	b ⁴⁾		a ³⁾	b ⁴⁾		a ³⁾	b ⁴⁾
Jan.	102,13	+1,5	+1,6	102,26	+0,1	±0,0	95,60	-6,5	-6,1
Febr.	102,27	+1,7	+1,7	102,14	-0,1	-0,3	94,59	-7,4	-7,2
März	102,39	+1,7	+2,0	101,99	-0,4	-0,8	93,62	-8,2	-8,2
April	102,49	+1,8	+1,8	101,79	-0,7	-1,1	92,70	-8,9	-9,2
Mai	102,57	+1,7	+1,8	101,52	-1,0	-1,2	91,89	-9,5	-9,4
Juni	102,61	+1,7	+1,6	101,13	-1,4	-1,3	91,23	-9,8	-9,5
Juli	102,62	+1,5	+1,5	100,62	-1,9	-1,5	90,78	-9,8	-9,4
Aug.	102,59	+1,3	+1,4	100,00	-2,5	-1,8	90,59	-9,4	-9,1
Sept.	102,55	+1,1	+1,1	99,27	-3,2	-2,5	90,72	-8,6	-8,4
Okt.	102,50	+0,9	+0,8	98,45	-4,0	-3,3	.	.	-7,7
Nov.	102,44	+0,6	+0,6	97,55	-4,8	-4,3	.	.	.
Dez.	102,37	+0,4	+0,3	96,59	-5,6	-5,0	.	.	.

¹⁾ Bundesrepublik einschl. Berlin (West). — ²⁾ Index der saisonbereinigten Zahl der Arbeiter, Jahresdurchschnitt 1959 = 100. — ³⁾ a = Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr, berechnet aus dem Index der saisonbereinigten Zahl der Arbeiter. — ⁴⁾ b = Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr, berechnet auf der Grundlage der vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, veröffentlichten absoluten Zahl der Arbeiter am Ende eines jeden Monats.

arbeit betroffenen Arbeiter erhöht, um noch umfangreichere Entlassungen zu vermeiden. Seither ging die Kurzarbeit ständig zurück; sie war im dritten Quartal kaum noch nennenswert vorhanden.

Der in den letzten Monaten nachlassende Schrumpfungsprozeß der Arbeiterbeschäftigung kommt auch im Vorjahresvergleich — wenn auch nicht so deutlich wie in den saisonbereinigten Zahlen — zum Ausdruck. Nachdem noch im Juni in der gesamten Industrie um 9,5 vH weniger Arbeiter beschäftigt wurden als ein Jahr zuvor und damit der Abstand zum Vorjahr ein Maximum erreicht hatte, hat sich seitdem der Abstand wieder verringert. Im Oktober war die Zahl der beschäftigten Arbeiter aber immer noch um 7,7 vH niedriger als vor einem Jahr. Da sich der Rückgang der Arbeiter gegen Ende des Jahres 1966 beschleunigt hatte, wird sich der Abstand zum Vorjahresniveau in den letzten Monaten dieses Jahres weiterhin — rascher als bisher — verringern.

In den einzelnen Zweigen der Industrie ist die Einschränkung der Beschäftigung von Arbeitern sehr unterschiedlich gewesen. Doch überall hat die Rezession ihre Spuren hinterlassen.

Wenn auch die Veränderung der Zahl der Arbeiter im Bergbau vorwiegend auf strukturelle Besonderheiten zurückzuführen ist, so zeigt die Graphik dennoch, wie die langfristigen und verhältnismäßig stabilen Tendenzen von den konjunkturellen Schwankungen überlagert werden. Im Bergbau sind seit Jahren per Saldo — abgesehen von einigen Saisonspitzen — Monat für Monat Arbeiter entlassen worden; doch die Intensität der Entlassungen wurde deutlich von konjunkturellen Schwankungen geprägt.

In den Nahrungs- und Genußmittelindustrien ist langfristig die Zahl der beschäftigten Arbeiter annähernd konstant geblieben. Entlassungen in Abschwungphasen sind durch Wiedereinstellungen im Boom annähernd ausgeglichen worden.

Von den knapp sechs Millionen Arbeitern, die durchschnittlich im ersten Halbjahr 1967 in der gesamten Industrie beschäftigt wurden, entfallen allerdings insgesamt nur etwa 11 vH auf den Bergbau und die Nahrungs- und Genußmittelindustrien — Bereiche also, die langfristig keine Zunahme der Arbeiterbeschäftigung zu verzeichnen haben. Für die gesamte Industrie ist daher die Entwicklung in den übrigen Bereichen ausschlaggebend.

In den Investitionsgüterindustrien hatten die Neueinstellungen bereits im vierten Quartal 1964 ihre höchste Intensität erreicht. In dem darauffolgenden halben Jahr wurden zwar noch immer zusätzliche Arbeiter eingestellt, aber dieser Beschäftigungszuwachs verringerte sich laufend; im Herbst 1965 hatte die Zahl der beschäftigten Arbeiter ihren Höchststand erreicht. Während des ganzen Jahres 1966 war dann die Entwicklung der Arbeiterbeschäftigung negativ; der Rückgang vergrößerte sich bis in das erste Vierteljahr 1967 ständig und überaus schnell. Welches Ausmaß diese Entlassungswelle erreichte, zeigt folgender Vergleich: In der Zeit von Januar bis März 1963 war die Beschäftigung von Arbeitern monatlich um durchschnittlich 6000 Personen gesunken. Im vergleichbaren Zeitraum der jüngsten Rezession — von Dezember 1966 bis März 1967 — betrug diese Schrumpfung dagegen durchschnittlich etwa 27 500 Personen monatlich.

Etwas schwächer als bei den Investitionsgüterindustrien, aber dennoch sehr ausgeprägt und in dem hier betrachteten Zeitraum einmalig, war die konjunkturelle Entwicklung der Einstellungen und Entlassungen in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Im vierten Quartal 1964 — im Kulminationspunkt — betrugen die monatlichen Netto-Einstellungen etwa ein Drittel derjenigen in den Investitionsgüterindustrien. In den ersten drei Monaten dieses Jahres waren hier die Entlassungen wiederum relativ geringer als in den Investitionsgüterindustrien. Ferner begannen 1965 im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien die Entlassungen etwa 4 bis 6 Monate früher die Einstellungen zu übersteigen als in den Investitionsgüterindustrien. Offenbar haben die Unternehmen im Grundstoffsektor wesentlich zeitiger die vorsichtiger werdenden Dispositionen der Wirtschaft — hauptsächlich der Investitionsgüterproduzenten — zu spüren bekommen.

Im Vergleich zu den Investitionsgüterindustrien begannen die verbrauchsnahe Industriebereiche annähernd sechs Monate später — etwa gegen Ende des ersten Quartals 1966 — die Zahl ihrer Arbeiter zu verringern. Das trifft für die von konjunkturellen Schwankungen der Nachfrage weniger beeinflussten Nahrungs- und Genußmittelindustrien ebenso zu wie für die Verbrauchsgüterindustrien. Konjunkturell wurden hier erst seit März/April 1966 mehr Arbeiter entlassen als eingestellt.

Dabei spielte das Ausmaß der Entlassungen in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien in den folgenden Monaten für die gesamte Industrie kaum eine Rolle. Der konjunkturelle Rückgang der Zahl der

Arbeiter in den Verbrauchsgüterindustrien war dagegen überaus stark und beeinflusste die Veränderung der Zahl der in der gesamten Industrie beschäftigten Arbeiter erheblich.

Während in den Investitionsgüterindustrien die Netto-Entlassungen erst nach 15 Monaten ihren Höhepunkt erreicht hatten, betrug dieser Zeitabschnitt in den Verbrauchsgüterindustrien nur ein knappes Jahr. Der Anpassungsprozeß an die schrumpfende Nachfrage ist hier also weitaus rascher verlaufen. Die konjunkturelle Höchstzahl der monatlichen Beschäftigungsreduktion wurde bereits im Frühjahr erreicht.

Die Verbrauchsgüterindustrien sind neben den Investitionsgüterindustrien mithin diejenigen, die aufgrund der stark rezessiven Entwicklung der Nachfrage die Zahl ihrer Arbeiter am stärksten reduzieren mußten. Der Nachfrageausfall, der von den

in den anderen Industriegruppen entlassenen bzw. um ihren Arbeitsplatz bangenden Arbeiter ausging, hat über verminderte Verbrauchsgüternachfrage zu weiteren Arbeitslosen in den traditionellen Verbrauchsgüterindustrien geführt.

Die Entwicklung der Arbeiterbeschäftigung in der Industrie wird in naher Zukunft von der Intensität des konjunkturellen Auftriebs abhängen. Bei nur schwacher Belebung wird die Zahl dieser Beschäftigungsgruppe eher weiterhin abnehmen. Die hohen Produktivitätsfortschritte, die — bezogen auf die Arbeiterstunde — zur Zeit in der Industrie realisiert werden, ermöglichen recht erhebliche Produktionserhöhungen selbst bei konstanter Beschäftigtenzahl. Die Industrie wird daher weit über die Anfangsphase der konjunkturellen Wiederbelebung hinaus kaum als ins Gewicht fallender Konkurrent auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung treten.

Der Verbrauch von festen und flüssigen Brennstoffen¹⁾ im Haushalts- und Kleinverbrauch im Jahre 1968

Im Jahre 1966 betrug der Haushalts- und Kleinverbrauch von festen Brennstoffen und leichtem Heizöl in der Bundesrepublik (einschl. Saarland und West-Berlin) 58,6 Mill. t SKE. Er hat damit seit 1956 um mehr als 19 Mill. t SKE zugenommen (1956: 39,2 Mill. t SKE).

Projektionsrechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung lassen einen auch in Zukunft steigenden Brennstoffverbrauch erwarten: Im Jahre 1968 wird er voraussichtlich 65 Mill. t SKE betragen.

Die Entwicklung der einzelnen Brennstoffarten in der Bundesrepublik

Für die Bundesrepublik als Ganzes ist in der Vergangenheit eine Verlagerung von den festen zu den flüssigen Brennstoffen — vor allem zugunsten des leichten Heizöls — festzustellen. Der Steinkohlenverbrauch (einschl. Steinkohlenkoks und Steinkohlenbriketts) fiel von 1956 bis 1966 von 25,9 Mill. t SKE auf 17,6 Mill. t SKE, während der Braunkohlenverbrauch im gleichen Zeitraum nur leicht zurückging — 1956: 8,9 Mill. t SKE, 1966: 8,3 Mill. t SKE. Leichtes Heizöl wurde 1956 nur in unbedeutender Menge (2,1 Mill. t SKE) eingesetzt; im Jahre 1966 waren es dagegen bereits 31,2 Mill. t SKE. Während der Anteil der Steinkohlenbrennstoffe am Gesamtverbrauch von 66,1 vH auf 30,0 vH sank, stieg die Quote des leichten Heizöls von 5,4 vH auf 53,3 vH.

Der steigende Brennstoffverbrauch im Haushaltssektor ist einmal zurückzuführen auf das sehr kräftige Wachstum des Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik in der Zeit von 1956 bis 1966; er erklärt sich zum anderen aus dem zunehmenden Verbrauch je Wohnung, bedingt durch steigende Behaglichkeitsbedürfnisse (höhere Durchschnittstemperaturen in den Wohnungen, größere Beheizungsflächen), längere Heizdauer aufgrund zunehmender Umstellung

von Einzelöfen auf Zentralheizung und leichtere Bedienung z. B. der Ölheizungen.

Für die Zukunft kann nicht unterstellt werden, daß von der Entwicklung des Wohnungsbestands ebenso stark expansive Wirkungen auf die Entwicklung des Brennstoffverbrauchs ausgehen wie bisher; denn die Zunahme des jährlichen Wohnungsbestands von rund 600 000 Einheiten im Durchschnitt der Jahre 1956 bis 1966 dürfte auf allmählich rund 400 000 Einheiten in den kommenden Jahren zurückgehen.

Der im betrachteten Zeitraum erkennbare Substitutionsvorgang zwischen leichtem Heizöl und Steinkohle dürfte anhalten, da die Handhabungs- und Preisvorteile der flüssigen gegenüber den festen Brennstoffen diese Umstellung auch künftig fördern werden. Der Verbrauch von Braunkohlenbriketts wird weiterhin ungefähr gleich bleiben, während die Bedeutung der übrigen Brennstoffe (Pechkohle, Holz und Torf) noch mehr abnimmt.

Mit Hilfe von Wachstumsprojektionen des Wohnungsbestands einerseits und Projektionen des temperaturbereinigten Verbrauchs je Wohnung andererseits wurde der Gesamtbrennstoffverbrauch und seine Struktur für das Jahr 1968 ermittelt. Es ergaben sich dabei für die Bundesrepublik folgende Projektionswerte:

	Gesamt	Steinkohle	Braunkohle	Heizöl	Übrige
1966	58,6	17,6	8,3	31,2	1,5
1968	65,1	15,7	8,9	39,2	1,3

Die angegebenen Projektionswerte sind unter Zugrundelegung einer „Normaltemperatur“ ermittelt worden, die dem Temperaturdurchschnitt der Jahre 1881 bis 1940 entspricht.

¹ Ohne Strom und Gas.

Entwicklung und Struktur des Brennstoffverbrauchs in den Bundesländern

Die gegenwärtige Situation des Brennstoffmarktes unter regionalem Gesichtspunkt zeigt folgendes Bild: Größtes Verbraucherland ist nach wie vor Nordrhein-Westfalen mit einem Gesamtbrennstoffverbrauch im Jahre 1966 von 17,1 Mill. t SKE. Davon hat die Steinkohle einen Anteil von 43,8 vH, das leichte Heizöl von 42,7 vH und die Braunkohle von 13,5 vH.

Verbrauch von festen und flüssigen Brennstoffen im Haushalts- und Kleinverbrauch nach Bundesländern 1966

Bundesland	Gesamt- ver- brauch	Stein- kohle	Braun- kohle	Heizöl	Rest
	Mill. t SKE	vH			
Nordrhein-Westfalen . . .	17,1	43,8	13,5	42,7	—
Bayern	10,9	15,5	9,9	62,0	12,6
Niedersachsen	7,5	35,0	16,8	47,0	1,2
Baden-Württemberg	6,9	21,1	12,1	66,8	—
Hessen	4,9	21,6	16,0	62,4	—
Rheinland-Pfalz	3,2	21,9	21,2	56,9	—
Schleswig-Holstein	2,8	32,5	16,7	50,1	0,7
Hamburg	1,9	21,2	13,4	65,4	—
West-Berlin	1,8	25,4	26,7	47,9	—
Bremen	0,9	39,4	8,4	52,2	—
Saarland	0,7	59,4	9,4	31,2	—

Die regionale Entwicklung des Verbrauchs von festen Brennstoffen einerseits und leichtem Heizöls andererseits ist in den elf Bundesländern sehr unterschiedlich gewesen. In den ruhrgebietsfernen Gebieten ist die Steinkohle durch das leichte Heizöl

Regionale Entwicklung des Verbrauchs an festen und flüssigen Brennstoffen im Haushalts- und Kleinverbrauch 1966
Index 1956 = 100

Bundesland	Gesamt	Stein- kohle	Braun- kohle	Heizöl
Schleswig-Holstein	148	70	95	2 964
Hamburg	137	40	84	1 662
Niedersachsen	152	84	88	2 269
Bremen	155	86	79	669
Nordrhein-Westfalen	149	87	98	1 345
Hessen	159	50	101	1 426
Rheinland-Pfalz	144	47	114	1 520
Baden-Württemberg	149	43	92	1 201
Bayern	154	49	84	1 565
Saarland	163	113	110	219
West-Berlin	129	67	73	1 585
Bundesrepublik Deutschland	150	68	92	1 494

schneller substituiert worden als in Nordrhein-Westfalen. Im Saarland hat der Verbrauch von Steinkohle im Haushalt sogar zugenommen.

Die Projektion des regionalen Verbrauchs der festen und flüssigen Brennstoffe wurde mit Hilfe von Projektionsrechnungen des regionalen Wohnungsbestandes und des regional-temperaturbereinigten durchschnittlichen Wohnungsverbrauchs für das Jahr 1968 nach Regierungsbezirken durchgeführt. Die zusammengefaßten Ergebnisse für die Bundesländer sind in der folgenden Tabelle enthalten. Auch in den regionalen Daten spiegeln sich die beschriebenen Entwicklungstendenzen: Anhaltende Substitution der Steinkohle durch leichtes Heizöl — gleichbleibende Bedeutung des Verbrauchs von Braunkohlenbriketts.

Brennstoffverbrauch in den Bundesländern der BRD im Haushalts- und Kleinverbrauch 1968*)
1000 t SKE

Bundesland	Gesamt	Steinkohle	Stein- kohlenkoks	Stein- kohlen- briketts	Braun- kohle	Pechkohle	Heizöl	Holz	Torf
Schleswig-Holstein	3 149	49	353	303	436	—	1 980	—	27
Hamburg	2 088	—	101	158	282	—	1 547	—	—
Niedersachsen	8 687	257	1 440	670	1 325	—	4 970	—	25
Bremen	929	0	267	68	73	—	521	—	—
Nordrhein-Westfalen	18 828	1 348	4 488	1 608	2 431	—	8 951	—	—
Hessen	5 386	22	494	303	769	—	3 799	—	—
Rheinland-Pfalz	3 689	223	361	0	907	—	2 199	—	—
Baden-Württemberg	7 732	123	336	616	928	—	5 730	—	—
Bayern	11 925	378	626	189	1 386	81	8 065	1 188	11
Saarland	813	476	223	8	56	—	50	—	—
West-Berlin	1 898	54	98	55	344	—	1 345	—	—
Bundesrepublik Deutschland . . .	65 123	2 929	8 788	3 979	8 937	81	39 157	1 188	64

*) Die Prognosen wurden darüber hinaus für sämtliche Regierungsbezirke durchgeführt.

Der nächste Wochenbericht erscheint am Donnerstag, dem 11. Januar 1968.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel. 76 10 33 — telex 0183247 diwbl

Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg, Abteilungsleiterkollegium: Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg,
Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler

Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—